Daten & Fakten

Gemeinderatswahl 2019

Insgesamt 268 Personen stellen sich am Sonntag, dem 10. März, der Wahl zum Bürgermeister oder zur Bürgermeisterin in den 119 Gemeinden des Landes. Das sind um drei mehr als bei den vergangenen Wahlen vor fünf Jahren. Mit acht gibt es die meisten Kandidatinnen und Kandidaten in der Landeshauptstadt, in Hallein und auch in der kleineren Gemeinde Elsbethen stellen sich jeweils fünf der Wahl. In 32 Gemeinden gibt es nur einen Bewerber.

Was sonst noch auffällt: Zwischen dem jüngsten Bürgermeisterkandidaten (Lukas Paul Rößlhuber von NEOS aus Salzburg, Jahrgang 1993) und dem ältesten (Marius Dietrich von der Liste Freie Wähler Seekirchen, Jahrgang 1948) liegen nicht weniger als 45 Jahre. Auch Marlene Svazek (FPÖ Großgmain, 1992) und Reinhard Fuchs (FPÖ Bürmoos, 1991) fallen durch ihr junges Alter auf, so wie Johann Strasser (ÖVP Eugendorf, 1949), Johann Habersatter (Liste Habersatter Untertauern, 1951) und Robert Zehentner (SPÖ Taxenbach, 1951) als etwas ältere Jahrgänge.

Bei den Gemeindevertretungswahlen bewerben sich 397 Ortsparteien um 2134 Mandate in den Gemeinden, davon 737 Mandate im Flachgau, 480 im Pinzgau, 441 im Pongau, 245 im Tennengau, 191 im Lungau und 40 in der Landeshauptstadt. Insgesamt sind es um 15 Parteien weniger, aber um 27 Mandate mehr als vor fünf Jahren. Die Steigerung bei der Zahl der Mandate erklärt sich aus dem Bevölkerungswachstum, das betrifft neun Salzburger Gemeinden. In Hüttau und in Mühlbach am Hochkönig wurden es weniger Mandate.

„Bürgermeister sind keine Parteisoldaten“

Experte Armin Mühlböck wünscht sich von den Gemeinden mehr regionales Denken sowie Arbeitslosengeld und Karenzmöglichkeit für Ortschefinnen.

STEFAN VEIGL

Armin Mühlböck (51) ist Senior Scientist am Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Salzburg und forscht seit Jahren zum Thema Kommunalpolitik.

SN: Wie steht es um die Akzeptanz der Bürgermeister in der Bevölkerung?
Mühlböck: Alle Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in die Kommunalpolitiker deutlich höher ist als zu jenen auf höheren Ebenen. Davon profitieren insbesondere die Bürgermeister. Denn bei ihnen geht es um das unmittelbare Lebensumfeld und die Nöte der Bürger. Und je größer die Gemeinde, umso geringer ist die Bindung zu den Politikern. Das Milieu von kleinen Gemeinden wirkt sich da sehr positiv auf die Bindung der Gemeindebürger zu den Politikern aus. Das sieht man auch an der Wahlbeteiligung. Eine Studie aus Salzburg zeigt: Je größer die Gemeinde oder Stadt, desto niedriger die Wahlbeteiligung. 1000 Einwohner mehr bedeuten im Schnitt ein Prozent weniger Wahlbeteiligung.

SN: Durch ihre Direktwahl sind die Bürgermeister in Salzburg besonders stark legitimiert. Spürt man das in ihrem Agieren etwa gegenüber der Landespolitik?
Wenn man die politische Kommunikation nach außen betrachtet, ist die jeweilige Landespartei ein wichtiger Aspekt – und die Verankerung des Bürgermeisters in derselben. Durch die Direktwahl kann aber der Bürgermeister mehr als vorher für sich in Anspruch nehmen, der Bürgermeister für alle zu sein. Da hat er mehr einen Stellenwert dessen, der über den Parteien steht und Ansprechpartner für alle Anliegen und Bürger ist. Ein Bürgermeister hat ja generell eine herausragende Position: Er ist gleichzeitig Regierungschef, Parlamentschef, Personalchef seiner Mitarbeiter; er ist Außen- und Innenminister der Gemeinde. Das sieht man gerade in Krisensituationen wie dem heurigen Extremwinter. Je kleiner die Gemeinde, umso mehr ist der Ortschef für nahezu alles zuständig.

SN: Sind die Bürgermeister mehr Parteisoldaten oder mehr unabhängige Dorfkaiser im positiven Sinn?
Derzeit gibt es einen Generationenwechsel bei den Bürgermeistern. Die Frage ist, ob die nächste Generation nicht weniger als Dorfkaiser, denn vielmehr über die Gemeindegrenzen hinweg für die Region wird agieren müssen. Denn kommunale Zusammenarbeit wird immer wichtiger. Das Leben der Menschen hat sich auch am Land verändert: Viele sind Pendler, kaufen anderswo ein und gehen in der Nachbargemeinde zum Arzt oder nutzen die Infrastruktur des Bezirkshauptorts – wie Freibad oder Schule. Da leben und bewegen sich die Leute bewusst in einer Kleinregion. Daher sollte auch die Planung der Infrastruktur mehr auf die Regionen ausgelegt werden. Ich hätte mir bei dieser Gemeinderatswahl gewünscht, dass auch die Entwicklung der jeweiligen Region mehr Thema wird.

> **„1000 Bewohner mehr heißt ein Prozent weniger Wahlbeteiligung.“**
> **A. Mühlböck,** Politikwissenschafter

SN: Welche Beispiele schweben Ihnen da vor?
Die Bürgermeister einer Region könnten sich mehr um die Entwicklung des Arbeitsmarkts in ihrer Region kümmern. Ein Stichwort dazu ist ja auch die angekündigte Regionalisierung der Landesverwaltung. Die steht ja im Regierungsprogramm mit der Vorgabe von 200 oder 300 Jobs, die man in die Region verlagern will. Aber das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es wäre interessant, dass man interkommunale Kindergarten- oder Schulverbände macht, die sich die Finanzierungs- und Erhaltungskosten teilen. Es bräuchte auch einen interkommunalen Pool für „Springerkräfte“, die bei Krankenständen zum Einsatz kommen. Und es sollte leichter werden für Pendler, ihr Kind auch im Kindergarten am Arbeitsort unterzubringen. Das wäre zeitgemäß. Auch die Schulen für ihre Kinder sollten sich die Eltern in der Region aussuchen können. Das sollte nicht mehr zugeteilt werden müssen und nicht primär von der Auslastung der von der Gemeinde X finanzierten Schule abhängen. Auch bei anderen Infrastrukturen wie etwa Kommunal- oder Feuerwehrfahrzeugen ist mehr Kooperation wünschenswert.

SN: Aber was ist mit den Ortschefs als Parteisoldaten, wie manche Oppositionsmandatare und kritische Bürger monieren?
Die Rolle der Parteien auf kommunaler Ebene ist umstritten.

Armin Mühlböck lehrt an der Universität Salzburg. BILD: SN/ROBERT RATZER

Generell ist es so, dass man in Gemeinden eher Parteienstreit ablehnt. Da geht es meistens schon um das Wohl des gesamten Ortes. Der Konsens wird hochgehalten; es überwiegt oft die Sach- über die Parteipolitik. Dennoch weiß jeder, dass auch die Gemeindepolitik hochpolitisch ist. Zum Beispiel zeigen ja auch Namens- und Heimatlisten, dass es Gruppen gibt, die sich von Parteien distanzieren wollen. Je größer die Gemeinde ist, umso mehr spielen die Fraktionen eine Rolle. Bürgermeister sind wahnsinnig mächtig und stehen über den Parteien. Sie sind daher keine Parteisoldaten. Sondern wenn, dann meist sogar selbst die Ortsparteichefs. Umgekehrt ist es für jeden Landes- und Bundesparteichef wichtig, die Unterstützung „seiner“ Bürgermeister zu haben.

SN: Immer öfter stehen Bürgermeister aber auch vor Gericht. Wie lässt sich da Abhilfe schaffen?
Insbesondere seit dem Urteil gegen Heinz Schaden im Swap-Prozess stellt sich die Frage: Steht das Risiko des Handelns eines Bürgermeisters in Relation zu seinem Gehalt, seinem Ansehen und seiner Reputation? Denn Bürgermeister müssen sich stark exponieren. Da braucht man eine dicke Haut. Und auch das Fachwissen in der Verwaltung wird aufgrund der steigenden Regelungsdichte immer wichtiger. Daher wird der Ruf lauter, dass sich Gemeinden gemeinsam Experten in die Verwaltung holen oder eine Verwaltungsgemeinschaft gründen – wie die vier Mondseeland-Gemeinden. Denn so bekommen auch kleinere Gemeinden Zugang zu Expertisen, die sie sich allein nicht leisten könnten. Auch das Gehalt ist ein Thema, sowie dessen Staffelung nach der Bewohnerzahl. Die Frage ist, ob es da so viele Unterschiede geben muss. Dass ein Bürgermeister einer Kleingemeinde so viel weniger Arbeit hat als ein Stadtchef, würde ich stark hinterfragen.

SN: Inwieweit müsste sich die Gemeindeordnung weiterentwickeln – Stichworte: Sitzungsprotokoll ins Internet stellen oder mehr Bürgermitbestimmung – um auf der Höhe der Zeit zu bleiben?
Das ist sicher ein wichtiger Punkt. Die Gesellschaft ändert sich. Die Menschen ändern sich, auch in ihrer Haltung zu Autoritäten. Heute erwarten die Bürger primär, dass die Politiker erklären, warum eine Entscheidung etwa über ein Bauprojekt so gefällt wurde und nicht anders. Da fragen die Bürger auch nach. Daher ist es für Bürgermeister immer wichtiger, auch gut erklären zu können und nicht nur zu entscheiden. Das führt dazu, dass die Entscheidungen heute oft besser abgewogen werden als früher. Dennoch gibt es bei manchen Bürgermeistern oft Vorbehalte gegen Bürgermitbestimmung – weil solche Prozesse oft aufwendig sind und man nie weiß, was rauskommt.

SN: Wie kann man das Bürgermeisteramt auch für Frauen und Jüngere attraktiv machen – auch auf Zeit?
Es gab schon einige Sozialpakete für Bürgermeister. Die Frage ist, ob es nicht eine Gehaltsfortzahlung, analog zum Arbeitslosengeld, geben sollte, wenn ein Bürgermeister sein Amt verliert und nicht mehr in den Brotberuf zurückkann. Und für Bürgermeisterinnen muss es, genauso wie für Bürgermeister, die Jungväter sind, eine Karenzmöglichkeit geben. Auch bei der Pensionsabsicherung gibt es Handlungsbedarf. Das Bürgermeisteramt muss auch für jüngere Frauen interessant sein. Da sollte es auch, so wie bei Landesräten, politikfreie Wochenenden für Bürgermeister/innen geben. Die müssen oft wegfahren, um wirklich Freizeit zu haben. Das ist schon eine enorme Belastung, auch für das eigene Familienleben.

Daten & Fakten

Der Pinzgau im Überblick

Auch im Pinzgau wird am Sonntag, 10. März, um die Bürgermeistersessel gerittert. Darüber hinaus werden bei den Gemeindevertretungswahlen 480 Mandate in den 28 Pinzgauer Gemeinden vergeben.

In fünf der Pinzgauer Gemeinden geht jeweils nur eine Person ins Rennen um das Bürgermeisteramt. Das sind: Hannes Schernthaner in Fusch, Michaela Höfelsauer in Lend, Alois Hasenauer in Saalbach-Hinterglemm, Sonja Ottenbacher in Stuhlfelden und Reinhard Breitfuss in Viehhofen.

Je zwei Personen bewerben sich für das Amt des Bürgermeisters in Bramberg, Dienten, Hollersbach, Krimml, Leogang, Lofer, Maishofen, Maria Alm, Mittersill, Rauris, St. Martin bei Lofer, Taxenbach, Unken, Uttendorf und Weißbach bei Lofer.

Drei Kandidaten gibt es jeweils in Bruck an der Großglocknerstraße, Kaprun, Niedernsill, Piesendorf, Saalfelden, Wald und Zell am See.

Sogar vier Kandidaten für das Bürgermeisteramt gibt es in Neukirchen am Großvenediger.

Unter den 60 Kandidaten finden sich sieben Frauen, das sind knappe 12 Prozent der kandidierenden Personen. Je eine Frau befindet sich auf der Liste zur Bürgermeisterwahl in Bruck, Hollersbach, Lend, Lofer, Neukirchen, Niedernsill und Stuhlfelden, wobei in Lend und Stuhlfelden die beiden bereits amtierenden Bürgermeisterinnen zur Wiederwahl antreten – und zwar ohne Gegenkandidaten.